



VOLKSBLATT

Amtliches Publikationsorgan • 123. Jahrgang, Nr. 264

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

DIENSTAG

Den Kindern Gehör schenken



«Kinderstimmen – nehmt uns ernst!» ist das diesjährige Motto des «Tages des Kindes». In Liechtenstein werden «Zualosa-Bänke» erstellt, damit die Kinder ihre Anregungen, Probleme und Wünsche loswerden können. Eine erste Umfrage führte das Volksblatt bereits gestern durch. Seite 3

Übersee-Rennen auf wackeligen Beinen



SKI-ALPIN: Nach dem Prolog in Sölden erfolgt am Mittwoch und Donnerstag in Copper Mountain mit einem Riesenslalom und Slalom der Frauen der Start zum Ski-Winter 2001/02. Liechtensteins Ski-Ass Birgit Heeb-Batliner (Bild) und ihre Weltcup-Kolleginnen sind aber in Übersee die einzigen mit «garantierter Beschäftigung», alles weitere steht in den Sternen. Seite 13

REKLAME



PALMERS

AEULESTRASSE 51, 9490 VADUZ

«Ernst, aber nicht hoffnungslos»

Zitterpartie FATF-Forderung: Volksblatt-Gespräch mit Bankenverband-Präsident Benno Büchel

Der Countdown läuft: Bis 31. Dezember sollen die Finanzintermediäre 100 Prozent ihrer Kundendaten den Banken offenlegen. Während sich das Jahresende mit riesigen Schritten nähert, mehren sich im Land jene Stimmen, die an einer vollständigen Umsetzung der Offenlegung nicht mehr so recht glauben wollen. Das Volksblatt bat gestern Benno Büchel, den Präsidenten des Liechtensteinischen Bankenverbandes, um seine Sicht zum wohl brisantesten Thema im Land.

Wolfgang Zechner

Schaffen sie es oder schaffen sie es nicht? Kaum eine andere Frage beschäftigt derzeit den Finanzplatz Liechtenstein so sehr, wie diese. Mit «Sie» sind die Finanzintermediäre gemeint, die laut FATF-Forderung bis Jahresende 100 Prozent der Kundendaten den Banken bekannt geben müssen. Mancher-



Gespannt blickt der Finanzplatz dem Jahresende entgegen. Bis dann müssen laut FATF-Forderung die Treuhänder den Banken alle Kundendaten offen gelegt haben.

orts herrscht Skepsis vor. Deutliche Worte hatte zum Beispiel Daniel Thelesklaf, der Sonderbeauftragte im Kampf gegen die Geldwäscherei, vergangene Woche im Volksblatt-Gespräch gefunden: «Der Umsetzungsstand bei den Vorgaben der FATF entspricht bei weitem noch nicht den Erwartungen.»

«95-Prozent-Erfolg»

Benno Büchel zeigte sich gestern hingegen vorsichtig optimistisch: Die Lage sei ernst, aber nicht hoffnungslos. Er, so Büchel, glaube, dass es nach wie vor möglich sei, an die 100-Prozent-Grenze heranzukommen. Den liechtensteinischen Gegenmassnahmen auf den FATF-Druck stellte Büchel ein positives Zeugnis aus: «In den Massnahmen und den neu geschaffenen gesetzlichen Rahmenbedingungen spiegelt sich der Dialog mit der FATF wider. Es ist daher davon auszugehen, dass wir keine weiteren Sanktionen zu befürchten haben, wenn wir die Umsetzung schaffen.»

Eine Umsetzung, die Büchel schon «ab 95 Prozent» als Erfolg bezeichnen würde. Seite 2

Feuerbrand-Verordnung 2002

Beantwortung verschiedener kleiner Anfragen im Landtag

Die Verordnung zur Bekämpfung des Feuerbrandes soll 2002 in Kraft gesetzt werden, lautete die Antwort der Regierung auf eine der kleinen Anfragen im Landtag. Weitere Fragen betrafen die stellvertretenden Regierungsräte, die Schülerbusse und die Besoldung der Landrichter.

Rebecca Marogg

Kleine Anfragen der Landtagsabgeordneten betrafen unter anderem die Verfassungsfrage, die Gefahr eines Tunnelbrandes, Antennenstandorte in Liechtenstein und das geplante Internetportal, wie das Volksblatt bereits in der Samstags-Ausgabe berichtete.

Feuerbrand-Verordnung

Der Landtagsabgeordnete Johannes Kaiser von der FBP erkundigte sich nach dem Stand der Verordnung, die die Fragen zum Umgang mit dem Feuerbrand, den gefährdeten Pflanzen und bereits bestehenden Krankheitsherden regeln soll.

Umweltminister Alois Ospelt erklärte, dass sich die Verordnung zur Zeit beim Landwirtschaftsamt im Entwurf befinde und den Gemeinden anfangs Januar zur Vernehmlassung vorgelegt werden soll.

«Ziel ist es, die Verordnung vor Beginn der Vegetationsperiode 2002 in Kraft zu setzen,

um so die notwendigen Massnahmen rechtzeitig planen, koordinieren und durchführen zu können», erklärte Alois Ospelt.

Überfüllte Schülerbusse?

Eine kleine Anfrage zum Thema der überfüllten Schülerbusse stellte der FL-Abgeordnete Paul Vogt, die von Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck beantwortet wurde.

«Dem Schulamt lagen im laufenden Schuljahr keine Mel-

dungen vor, dass die Schülerbusse derzeit überfüllt sein sollen», erklärte sie auf eine entsprechende Frage von Paul Vogt hin. Er hatte wiederholt Klagen betreffend der angeblich total überfüllten Schülerbusse vernommen. Rita Kieber-Beck sagte, dass während der Wintermonate bis Ostern dieses Jahres ein zweiter Bus für gewisse Strecken geführt wurde, um Entlastung zu bieten.

Die Regierungschef-Stellvertreterin sagte, sie gehe ausserdem davon aus, dass die Chau-

feure, die die Kapazität ihrer Fahrzeuge kennen, sich vergewissern, dass die Anzahl der Passagiere den Vorgaben des Gesetzgebers entsprechen und auf Überbelastung aufmerksam machen, so dass entsprechende Massnahmen ergriffen werden könnten.

Stellvertretende Regierungsräte

Der VU-Abgeordnete Ivo Klein wollte wissen, ob die Regierungsrat-Stellvertreter die Mitglieder der Regierung in anderen Fällen als der Regierungssitzung vertreten würden, was laut Verfassung nicht vorgesehen sei. Regierungschef Otmar Hasler erklärte hierauf, dass in einigen Fällen die Stellvertreter der Regierungsräte diese bei gesellschaftlich-repräsentativen Anlässen, insbesondere dann, wenn kein anderes Mitglied der Regierung abkömmlich gewesen sei, vertreten hätten.

Da es sich bei den Regierungsrats-Stellvertretern ebenso wie bei den Regierungsräten um im Einvernehmen mit dem Landtag vom Landesfürsten ernannte Personen handle, können nach Ansicht der Regierung in diesen Fällen nicht von einer Verfassungswidrigkeit gesprochen werden.

Besoldung der Landrichter

Landrichter erhalten in den

ersten fünf Dienstjahren eine abgestufte Besoldung und bekommen erst ab dem sechsten Dienstjahr die volle Besoldung. Der Landtagsabgeordnete Hugo Quaderer erklärte, die ausländischen Landrichter, die ursprünglich befristet angestellt waren, hätten bereits zu Beginn ihres Dienstes den vollen Lohn erhalten. Zwei von ihnen seien mittlerweile zu ordentlichen Landrichtern ernannt worden und die Besoldung in der höchsten Stufe belassen worden.

Regierungschef Otmar Hasler führte darauf hin aus, dass die betreffenden Richter ihre Arbeit sehr kurz nach der Ernennung hatten aufnehmen müssen, weswegen ihnen die Dienstjahre als Richter im Ausland angerechnet worden seien. Die Regierung werde sich in Zukunft insbesondere bei definitiv angestellten Landrichtern nach der ursprünglich vorgesehenen Besoldung richten.

REKLAME

Die
Pensionskasse
für das FL

Zürich
Niederlassung für das
Fürstentum Liechtenstein
Aeulestrasse 80
9490 Vaduz
Telefon 265 52 50

ZÜRICH